
Wolfgang Lecher

Gewerkschaften - eine internationale und deutsche Positionsbestimmung

Dr. Wolfgang Lecher, geb. 1945, Studium der Soziologie in Tübingen und Frankfurt, 1973 bis 1976 Sekretär der Gewerkschaftsgruppe in der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, seitdem im WSI des DGB für internationale Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik zuständig.

Die Probleme

Die Gewerkschaftsbewegung - der Verlierer der Epoche? Das scheint angesichts der gewaltigen Probleme, die seit Krisenbeginn vor nunmehr über zehn Jahren als Massenarbeitslosigkeit, Reallohnverluste, rapide technologische Neuerungen, Umweltvergiftung, konjunkturelle und vor allem strukturelle Defizite, Wachstumsschwäche, wirtschaftspolitische Konzeptionswechsel hin zur Neo-Klassik und des Monetarismus und Abbau des Sozial- und Rechtsstaates von den Gewerkschaften in allen westlichen, hochindustrialisierten Staaten verkräftet werden müssen, eine durchaus plausible These zu sein. Weder kann heute von einem vorherrschenden Erklärungsmuster der Beziehungen zwischen den Hauptakteuren Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, wie es etwa in den sechziger Jahren das Pluralismuskonzept und in den siebziger Jahren die Korporatismus-These war, unproblematisch ausgegangen werden, noch bieten die einzelnen nationalen Gewerkschaftsbewegungen oder gar die großen internationalen Gewerk-

* Die folgenden Ausführungen zur Positionsbestimmung der Gewerkschaftsbewegung in den achtziger Jahren stützen sich in vielen Punkten auf detailliert und empirisch belegte Argumente in W. Lecher, Gewerkschaften in Europa - zwischen Resignation und Widerstand, in : Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 52-52/84 vom 22.12.1984, S. 29 ff und derselbe , Überleben in einer veränderten Welt - Ein Konzept für die zukünftige Arbeit der Gewerkschaften, in : Die Zeit, 25. 4.1985.

schaftsbünde ein einheitliches, gewerkschaftspolitisches Organisations- und Willensbild, das eine kollektive arbeitnehmerorientierte Antwort auf die Krise als konkrete, machbare Zukunftsvorstellung anbieten würde.*

Die Lage

Bis in die achtziger Jahre hinein erschienen die großen nationalen Gewerkschaften in der westlichen Hemisphäre ohnmächtig einer Trendwende zu ihren Ungunsten ausgesetzt. Dies gilt sowohl für die *Bundesrepublik Deutschland*, wo jahrelang kein einziger flächendeckender, zukunftsweisender Tarifvertrag verabschiedet werden konnte und die Regierungspolitik sich klar nach rechts verschob. Dies gilt ebenso für *Italien*, wo ein letztlich unproduktiver Abwehrkampf um Teile der Lohngleitskala die Gewerkschaftskräfte so erschöpfte, daß sogar die Einheit der gewerkschaftlichen Dachkonföderation in Gefahr geriet und für eine den Problemen angemessene Lohn(tarif)- und Sozialpolitik zuwenig übrig blieb. Dies gilt auch für *Frankreich*, wo eine zwischenzeitlich alternative, beschäftigungsorientierte Politik in den ersten beiden Jahren der Linksregierung vor allem dieser und kaum den Gewerkschaften zugute geschrieben wurde, während die Austeritätswende von den Gewerkschaften relativ diszipliniert mitgetragen wurde und ihre Attraktivität dementsprechend sank. Und schließlich gilt dies besonders für die *britische* Gewerkschaftsbewegung, der von der Regierung ganz offen der Kampf bis aufs Messer angesagt ist, die unter restriktiven Gewerkschaftsgesetzen und einer Reihe von Niederlagen ihrer verunsicherten Mitglieder leidet und die in den letzten Jahren Einfluß und Widerstandskraft wie wohl keine andere europäische Gewerkschaft einbüßte.

Für die USA und Japan muß -wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - allerdings von einer ähnlich besorgniserregenden Entwicklung gesprochen werden. In den USA können neue Wirtschaftszweige wie Elektronik und Computerindustrie kaum gewerkschaftlich organisiert werden, die Arbeitslosigkeit und die latente Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes verhindern, daß die Gewerkschaften in neu gegründeten oder verlagerten Betrieben Fuß fassen. Die beschäftigungsintensiven „Neuen Dienstleistungsbereiche“ wie Versicherungen, Unternehmensberatungen, Restaurantketten usw. sind dagegen schon traditionell kaum gewerkschaftlich zu erschließen gewesen und zudem nicht zukunftssicher. Auch gelingt es den Gewerkschaften immer seltener, unter den dramatisch verschlechterten Rahmenbedingungen ihre Berechtigung durch den Abschluß lukrativer Einkommenstarife und Arbeitsbedingungen nachzuweisen. Auf dem Feld der politischen „pressure groups“ laufen ihnen die öffentlichkeitswirksameren Umweltschützer, Atomkraftgegner und Bürgerrechtsgruppen den Rang ab. Vor allem aber ist

es erklärtes Ziel der Reagan-Regierung, den verbliebenen Gewerkschaftseinfluß weiter zu reduzieren (reaktionäre Rechtsprechung, Zerschlagung von Einzelgewerkschaften, Nichtbeachtung der Gewerkschaften als politische Lobby) - und sie scheint erfolgreich. Die *japanischen* Gewerkschaften wiederum leiden unter ihrer Fixierung auf die Stammarbeitnehmer. Rückläufige Organisationsquote, stark zunehmender Anteil von Teilzeitarbeit, eine sich ständig weiter öffnende Verteilungsschere von Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit letztlich der Lebensqualität zuungunsten der quantitativ weit stärkeren Randarbeiterschaft (Frauen, Saisonarbeiter, Leiharbeiter, Zulieferer und Subkontrakter und alle Teilzeitarbeitskräfte der unterschiedlichsten Formen) reduzieren den betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Einfluß der Gewerkschaften. Die richtungsgewerkschaftlich geteilten Dachverbände verlieren gegenüber den Unternehmensgewerkschaften weiter an Einfluß, während deren Orientierung an Managementzielen eher noch zunimmt.

Auch in den kleineren Mitgliedsländern der EG wie *Belgien, Niederlande und Dänemark* ist ein Rückzug bzw. ein erzwungenes Ausscheiden der Gewerkschaften aus dem relativ engen (quasi) korporativen Verbund mit Staat und Unternehmerverbänden zu beobachten. Dabei spielten sicher die Regierungsübernahme durch das bürgerliche Lager in diesen Ländern, vor allem aber die klar austeritätsorientierte Wirtschaftspolitik mit ihrer Maxime des Lohnverzichts - allein in den Niederlanden verloren die Beamten seit Ende der siebziger Jahre über 20 Prozent ihres Reallohnes - sowie das Ersetzen von korporativ-konsensorientierten Abkommen durch direkte, oktroyierte Gesetzesverordnungen, die im übrigen auch dem Unternehmerinteresse an schnellen und sicheren Lösungen entgegenkommen, die entscheidende Rolle.

Von den hochindustrialisierten Staaten bleiben letztlich nur *Schweden und Österreich* als Beispiele eines konsequenten Durchhaltens keynesianischer Beschäftigungs- bzw. Wirtschaftspolitik bestehen, beides bemerkenswerterweise Länder außerhalb der EG, aber doch mit enger Weltmarktverflechtung. Dieses abweichende Verhalten ist bedingt durch die Existenz starker sozialdemokratisch orientierter Gewerkschaften, eines informellen gesellschaftlichen Konsenses über die Priorität der Beschäftigungspolitik - sei sie direkt wie in Schweden oder eher indirekt über wirtschaftspolitische Maßnahmen wie in Österreich - und einer engen, korporativen oder quasi korporativen Verklammerung der gesellschaftlichen Hauptakteure. Trotz der unbestreitbaren Erfolge dieser Länder bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und deren Stagnation auf einem Stand von drei bis fünf Prozent bei im internationalen Vergleich durchschnittlicher Inflations- und Wachstums-

rate, entwickelte aber dieses offenbar relativ erfolgreiche Modell bis heute wohl aufgrund seiner exzeptionell günstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen keinen nennenswerten Sog auf die anderen kapitalistischen Länder. Die Demonstrationen der Unternehmer gegen die Einführung der Arbeitnehmerfonds 1983 und die Streiks der Beamten um der Privatindustrie entsprechenden Gehaltserhöhungen 1985 in Schweden signalisieren aber auch hier erste Bruchlinien im korporativen Verbund.

Die Entwicklungslinien

Soviel in aller Kürze zur Lage der Gewerkschaften und die sie bestimmenden nationalen und internationalen Kräftekonstellationen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Wagen wir nun einen Ausblick auf wahrscheinliche oder doch immerhin mögliche Entwicklungslinien, wie sie sich aus dem Status quo, den Rahmenbedingungen und aus neuen Ansätzen gewerkschaftlicher Politik vor allem der letzten beiden Jahre für die zweite Hälfte des Jahrzehnts ergeben könnten.

Nach einer Phase schwerer gewerkschaftlicher Terrainverluste auf den Gebieten der Beschäftigungspolitik, des Arbeitsrechts, der Sozialpolitik und der quantitativen und qualitativen Tarifpolitik in allen hier behandelten Ländern, zeichnet sich heute doch eine gewisse Verfestigung des Widerstands gegen den weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten und gegen die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen ab. An erster Stelle ist hier wohl ohne Zweifel der erfolgreiche Arbeitskampf von Gewerkschaften in der *Bundesrepublik Deutschland* zur sukzessiven Einführung der 35-Stunden-Woche zu nennen. Vorruhestandsregelungen und die Bereitschaft des konservativen Regierungslagers, nach zwei empfindlichen Niederlagen in wichtigen Länderwahlen die gewerkschaftliche Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm endlich ernst zu nehmen, könnten die gewerkschaftliche Position in diesem ökonomisch in der EG dominierenden Land mit entsprechend positiven Konsequenzen für die Gewerkschaften der Nachbarländer stabilisieren. Ob diese Tendenz allerdings die Erosionsverluste im arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Bereich stoppen kann, ist mehr als fraglich. Zum gewerkschaftlich-tarifpolitischen Druck muß offenbar die regierungspolitische und gesetzgebende Kraft hinzukommen, was aber frühestens mit der Bundestagswahl 1987 entschieden wird. *Großbritanniens* Gewerkschaften führten im Jahre 1984 im Bereich des Bergbaus einen klassischen Abwehrkampf gegen die restriktive Strukturpolitik und letztlich die neo-klassische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Tory-Regierung und unterlagen entscheidend. Es ist hier nicht der Ort, Schuldzuweisungen in Richtung mangelhafter Solidarität im nationalen und/oder im internationalen Bereich vor-

zunehmen, doch dreierlei ist klar : Die traditionelle „arbeiterorientierte“ klassenkämpferische britische Gewerkschaft hat ausgespielt. Die Zukunft liegt bei den auch quantitativ zunehmenden „modernen“ Gewerkschaften im öffentlichen Dienst mit entsprechender Umpolung auf Angestellte, Beamte, Techniker usw. mit allen weitreichenden Konsequenzen für Selbstverständnis und industrielle Beziehungen in Großbritannien. Drittens schließlich dürfte aufgrund der offenbaren Schwäche der Gewerkschaftsbewegung der Druck der Regierung zu weiteren Disziplinierungen und zur Zähmung durch spezielle Gewerkschaftsgesetze und eine weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und damit eine sinkende Organisationsquote bewußt in Kauf nehmende Wirtschaftspolitik frühkapitalistischen Zuschnitts noch zunehmen. Unter diesen Umständen dürfte die britische Gewerkschaftsbewegung kaum in der Lage sein, dem weiteren Vordringen reaktionärer Politiken Einhalt zu gebieten oder gar der Labour-Partei wirksame Schützenhilfe zu leisten.

Am meisten hat aber in den letzten Jahren die Handlungsschwäche der Gewerkschaften in *Italien* und *Frankreich* überrascht, wo von Selbstverständnis, Struktur und Geschichte her eigentlich eine aktive, kämpferische Bewegung in der Krise zu erwarten war, aus verschiedenen Gründen aber defensiv und zurückhaltend agiert wurde. Doch auch in diesen Ländern gibt es Anzeichen, die für ein Wiederaufleben gewerkschaftlichen Widerstands gegen die Folgen neoklassischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sprechen. In *Frankreich* ist die Volksfront mit dem Austritt der KPF aus der Regierung zerbrochen und die ihr richtungsgewerkschaftlich zugeordnete CGT löste sich sofort aus der Einbindung in die Regierungspolitik. Zusammen mit der als einzige Gewerkschaft in der Krise stärker gewordenen - weil konsequent trade-unionistisch oppositionell und besonders im Bereich des noch stabilen öffentlichen Dienstes verankert - CGT-FO nimmt sie nun die technokratische Regierungspolitik in die Zange. Dabei herrscht eine Art informeller Arbeitsteilung zwischen den ideologisch-systemkritischen Vorwürfen der CGT und den pragmatisch-umsetzungsorientierten tarifpolitischen Ansätzen der CGT-FO. Dieser Drift zwischen Gewerkschafts- und Regierungspolitik dürfte auch die noch relativ regierungsfreundliche CFDT mittelfristig kritischer stimmen. In *Italien* deutet sich eine Abwendung von der jahrelangen Fixierung der Gewerkschaften auf die „Scala Mobile“ mit der Gefahr des Aufreißen alter richtungsgewerkschaftlicher Gräben, des Zerfalls der einheitlichen Dachkonföderation und sogar einer Aufspaltung des größten Bundes CGIL in einen sozialistischen und einen kommunistischen Flügel an. Solidarisierend könnte besonders die einheitliche Forderung nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit analog dem deutschen Erfolg wirken. In die gleiche Richtung wirkt das Abgehen von einer extrem konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik auf betrieblicher Ebene hin zu einer mehr konsul-

tativen Politik der prozeßbezogenen Einbeziehung der Arbeitnehmer und der Delegierten bei der Einführung neuer Technologien.

In *Belgien, Dänemark* und den *Niederlanden* belegt eine durch die Krise ungebrochene Streikaktivität meist auf dezentral-betrieblicher, aber bei entsprechenden strukturellen Problemen auch auf regionaler oder demonstrativ-nationaler Ebene (besonders Belgien und kürzlich völlig überraschend auch Dänemark), daß trotz der äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen wie einer neoklassischen Wirtschaftspolitik, der Existenz nicht arbeitnehmerfreundlicher Regierungen und schnellen Lockerung des korporativen Gesellschaftsverständnisses, Kernbereiche der Macht und des Einflusses der Gewerkschaften nicht gebrochen sind. Allerdings reagieren diese nationalen Gewerkschaftsbewegungen - die in den Niederlanden und Belgien noch dazu richtungsgewerkschaftlich gespalten sind, wobei aber unter dem Druck der schlechten Verhältnisse ein Zusammenrücken zu beobachten ist — in weit defensiverer Weise in der Form von Arbeitszeitverkürzungen ohne klare Prioritäten und ohne Lohnausgleich, einer schnellen Öffnung für Arbeitszeitflexibilisierung aber auch in neuen Formen von stärkerer Einbindung in die klassischen Kapitalfunktionen (zum Beispiel in Dänemark mit der Forderung nach Gründung einer eigenen Investitionsgesellschaft und einer unternehmensbezogenen Gewinnbeteiligung).

Gegenüber diesem immerhin abwehrenden, wenn auch unkoordinierten und unsystematischen Widerstandspotential, nimmt sich die Situation der *japanischen* und vor allem der *amerikanischen* Gewerkschaften alarmierend kritisch aus. Beide Gewerkschaften stützen sich auf einen in Zahl und Bedeutung abnehmenden Stamm von qualifizierten Arbeitnehmern, haben große Mitgliederverluste - ausgehend von einem im internationalen Vergleich schon niedrigen Niveau - hinzunehmen und sind aufgrund ihrer grundsätzlich dezentralen Struktur kaum und immer weniger in der Lage, zentralnationale politische Schlüsselentscheidungen mit weitreichenden ökonomischen oder/und sozialen Auswirkungen zu beeinflussen. Weder werden die wachsenden Schichten neuer und alter Randarbeitnehmer (Frauen, gering Qualifizierte, Jobber, Farbige, Teilzeitarbeitnehmer) von den Gewerkschaften bewußt als Zielgruppen angenommen und zu organisieren versucht, noch gelingt es ihnen, die in den neuen Technologien tätigen hochqualifizierten Arbeitnehmer zu erreichen (USA) oder sie in der gewerkschaftlichen Perspektive sozialer Technikgestaltung zu aktivieren (Japan). Die Gewerkschaftsbewegungen der beiden ökonomisch und technisch wichtigsten Länder der Welt befinden sich im internationalen Vergleich daher in einer gefährlich schwachen Position. Dies hat bei zunehmender internationaler Handelsverflechtung und Konkurrenz zweifelsohne ernste, hemmende Auswir-

kungen auf den nationalen Handlungsspielraum der Gewerkschaften in den übrigen hier behandelten Industrienationen.

Diese bedrohliche Perspektive wird von den grundsätzlich positiv zu wertenden Beispielen *Schwedens* und *Österreichs* nur wenig gemildert. Auch muß festgehalten werden, daß in diesen Ländern die kritische Diskussion und praktische Beispiele über Sinn und wünschenswerte Entwicklung von Technik, Arbeit und Lebensbedingungen - zumindest auf Regierungsseite - vergleichsweise dünn ausfallen. Gefragt ist hier eine zukunftsorientierte, technikbezogene Struktur- und Modernisierungspolitik sozialdemokratischen Zuschnitts. In dieser Hinsicht sind viele Gewerkschaften in Ländern mit oft weitaus schlechteren wirtschaftlichen, ordnungspolitischen und gewerkschaftsorganisatorischen Voraussetzungen stärker sensibilisiert und auch innovativer. Zu erinnern ist beispielsweise an die alternative Technikkonzeption des Greater London Enterprise Board, an die niederländischen Wissenschaftsläden und auch an alternative Arbeitskreise Technik und Ingenieure oder alternative Produktkonzeptionen von Vertrauensleutezirkeln in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Handlungsperspektive

Als zusammenfassende Schlußfolgerung kann aus der Analyse der jüngsten Vergangenheit gewerkschaftlicher Politik seit Ende der siebziger Jahre und der daraus entwickelten Zukunftsbeschreibung bis Ende der achtziger Jahre folgendes festgehalten werden: Trotz der Parallelität von Wirtschafts- und Gewerkschaftskrise unterscheiden sich offenbar die nationalen Aktions- und Reaktionsmuster der Gewerkschaften auf diese Krisen sehr stark. Sowohl bezüglich den klassischen Themen der Forschung über „Industrielle Beziehungen“ wie Zentralisierung und Dezentralisierung, Verrechtlichungsproblematik, jeweilige Grade autonomer Tarifpolitik und Pluralismus - gegenüber Korporatismus-Konzept oder zumindest Konsensorientierung, weisen die hier behandelten Länder erhebliche Unterschiede und zum Teil sogar Gegensätze auf, die sich in einigen Fällen bis in die innere Struktur nationaler Gewerkschaftsbewegungen hinein fortsetzen können. Dies gilt auch für die in der Krise zunehmenden Schwierigkeiten der nationalen Gewerkschaften, sich international stärker zu koordinieren und den Strukturen des international agierenden Kapitals eine eigene Informations- und Solidaritätspolitik entgegenzusetzen. Doch die für die Zukunft der Gewerkschaften in den hochindustrialisierten Ländern entscheidende Tatsache dürfte sein, daß sich bei aller gebotenen Skepsis doch eine Aktivierung gewerkschaftlichen Widerstands auf den entscheidenden Ebenen der Tarif- und Technologiepolitik feststellen läßt.

Alles kommt nun darauf an, daß dieses „Trittfassen“ nicht in den alten Bahnen erfolgt, sondern daß die Gewerkschaften bewußt den neuen Erfordernissen Rechnung tragen. Erforderlich ist eine langfristig angelegte Arbeitszeitpolitik, die auf eine bessere Abstimmung von lohnabhängiger Erwerbsarbeit, arbeitsplatzbezogene Mitbestimmungsmöglichkeiten und Qualifikationsverbesserungen genauso Wert legt wie auf ein vernünftiges, humanes Verhältnis von Arbeitsintensität und Freizeit. Erforderlich ist weiterhin eine stärkere Einbeziehung der Jugendlichen, Frauen, Angestellten und der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz in die Gewerkschaftsorganisation und in die aktive Gewerkschaftsarbeit. Erforderlich ist eine ausgewogene und intensive Rückbeziehung betrieblicher, lokaler und zentraler gewerkschaftlicher Handlungsebenen, wobei vor allem die lokal-räumliche Ebene als Brennpunkt der Beziehung von Arbeit und Leben, der Beziehung von Produktion und Konsum und nicht zuletzt der Beziehung von Industrie, Haushalt und Umwelt eine rasch wachsende Bedeutung zukommt. Und schließlich zeigen auch die enormen Schwierigkeiten der amerikanischen Gewerkschaft mit den außerparlamentarischen und in ihrem Image zukunftsweisenden „real-utopischen“ Bürgerrechtsgruppen und der jugendlichen Protestbewegung, daß die Themen Rüstung und Frieden von den Gewerkschaften nicht ignoriert werden dürfen.